



divpol



Diversity in Political Parties' Programmes, Organisation and Representation

Zusammenfassung

CJD Hamburg + Eutin



EUROPEAN UNION
European Fund for the Integration
of Third-Country Nationals

DIVPOL

Diversity in Political Parties' Programmes, Organisation and Representation

DIVPOL ist ein von der EU gefördertes Projekt mit dem Ziel, Prozesse der Entwicklung ethnischer Vielfalt in Parteien zu erforschen, bewerten, initiieren und zu unterstützen. DIVPOL zielt darauf ab, Bewusstsein für Vielfalt zu schaffen und praktische Empfehlungen und Instrumente zu entwickeln, um die ethnische Vielfalt in Parteien zu fördern und die politischen Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten von Drittstaatsangehörigen zu verbessern. Forschungseinrichtungen, Universitäten, Nichtregierungs- und Regierungsorganisationen, Migrantenorganisationen und politische Parteien aus acht verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten waren am Projekt beteiligt.¹ In der 20-monatigen Projektlaufzeit (Dezember 2012 bis August 2014) nahmen mehr als 500 Politiker/innen mit und ohne Migrationshintergrund, Vertreter/innen von Migrantenorganisationen und Expert/innen an Einzelinterviews, Fokusgruppen, Workshops und anderen Veranstaltungen teil. Das Projekt wurde im Europäischen Integrationsfonds durch die Europäische Kommission gefördert.

1 Die DIVPOL-Partner sind:

ACIDI – Hochkommissariat für Integration und Interkulturellen Dialog (Portugal)
CJD Hamburg + Eutin – Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (Deutschland, Koordinator)
Fachbereich Politikwissenschaften, Universität Stockholm (Schweden)
GRITIM – Interdisziplinäre Forschungsgruppe Immigration, Universität Pompeu Fabra (Spanien)
IPRS – Psychoanalytisches Institut für Sozialforschung (Italien)
Łazarski University (Polen)
MPG – Migration Policy Group (Belgien) als transnationaler Partner ohne empirische
Forschungstätigkeiten
The Integration Centre (Irland)

Jeder Partner arbeitete mit politischen Parteien und Migrantenorganisationen in seinen Mitgliedstaaten als assoziierte Partner zusammen.

Faktoren, die die Teilhabe von Migrant/innen und die Diversity-Entwicklung in politischen Parteien fördern oder behindern

Zusammenfassung der Ergebnisse aus sieben EU-Ländern

In der empirischen Phase von DIVPOL wurden 269 Vertreter/innen politischer Parteien und Migrantenorganisationen und sieben Expert/innen interviewt. Die Interviews fanden 2013 in sieben EU-Ländern statt (Deutschland, Irland, Italien, Polen, Portugal, Spanien, Schweden). Insgesamt waren 38 politische Parteien und 53 Migrantenorganisationen in das Projekt involviert.

Die größte Hürde auf dem Weg zur vollen politischen Teilhabe von Migrant/innen liegt darin, dass sie nicht ausreichend in der Politik vertreten sind. Bislang versagen politische Parteien dabei, die Vielfalt der europäischen Gesellschaften in ihren Reihen abzubilden. In allen im Projekt DIVPOL untersuchten Ländern und Parteien sind Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund in den Parlamenten unterrepräsentiert – sowohl auf nationalen als auch auf kommunalen bzw. regionalen Ebenen. Da kaum entsprechende Daten gesammelt bzw. ausgewertet werden, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob Migrantinnen und Migranten auf der Ebene der einfachen Parteimitglieder ebenso unterrepräsentiert sind. Nur wenige Parteien erheben die Nationalität oder den Migrationshintergrund ihrer Mitglieder; eine quantitative Gesamtübersicht ist daher nicht möglich. Einzelne veröffentlichte Zahlen deuten jedoch auf eine signifikante Unterrepräsentation von Migrantinnen und Migranten als Mitglieder von Parteien hin.

In diesem Bericht wird der Begriff „Migrationshintergrund“² (MH) verwendet, um Personen mit Zuwanderungsgeschichte aus Nicht-EU Ländern zu beschreiben. Diese werden oft auch als „Drittstaatsangehörige“ oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus „Drittstaaten“ (englisch „third-country nationals“ TCN) bezeichnet. Obwohl wir das Konzept „Migrationshintergrund“ in dieser Studie als beschreibendes Identitätsmerkmal verwenden, möchten wir darauf hinweisen, dass in der Praxis vor allem Menschen Ausgrenzung erfahren, die als Migrant/innen „markiert“³ werden. Intersektionale Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung beziehen sich auf das Zusammenspiel verschiedener Identitätsmerkmale (z.B. männlich –

² Der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird in Anlehnung der Mikrozensus-Definition des Deutschen Statistischen Bundesamtes verwendet. Menschen mit Migrationshintergrund beschreibt dort „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer[innen] und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer[innen] in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Wiesbaden 2013).

³ Menschen, die als „migrantisch markiert“ bezeichnet werden, sind diejenigen, die aufgrund phänotypischer Merkmale (z.B. Hautfarbe, Haarfarbe, Augenfarbe), ihres Namens oder Akzents von anderen für Einwanderer gehalten werden.

muslimisch – jung; weiblich – türkisch – Arbeiterin) und führen in unterschiedlichen Kontexten und Situationen zu vielfältigen Ausgrenzungserfahrungen.

1. Rechtliche Einschränkungen für Drittstaatsangehörige in politischen Parteien

In fast allen in DIVPOL untersuchten Ländern genießen ausschließlich Staatsbürger/innen das nationale Wahlrecht. Ausnahmen sind Portugal und Irland, wo Brasilianer/innen bzw. Briten/Britinnen auf nationaler Ebene sowohl wählen als auch sich zur Wahl aufstellen lassen können.

Auf lokaler Ebene gestaltet sich die Situation für Drittstaatsangehörige durchaus vielfältiger: Die meisten Einschränkungen existieren in Italien, Deutschland und Polen, wo Nicht-EU-Bürger/innen von kommunalen Wahlen ausgeschlossen sind. In Polen ist es laut Verfassung Ausländer/innen untersagt, Mitglied in einer politischen Partei zu werden. In Spanien und Portugal führt das Reziprozitätsprinzip – d.h. bilaterale Vereinbarungen zum Wahlrecht mit einigen südamerikanischen und anderen Staaten – dazu, dass einige Drittstaatsangehörige an lokalen Wahlen teilnehmen können, andere jedoch nicht. Die großzügigsten Gesetzgebungen existieren in Irland, wo jede/r Einwohner/in nach einer Frist von sechs Monaten aktiv (seit 1974) und passiv (seit 1963) an lokalen Wahlen teilnehmen kann, und Schweden, wo jede/r legal im Land lebende Nicht-Europäer/in nach drei Jahren bei Kommunalwahlen wählen und kandidieren kann (seit 1975). Zu diesen sehr unterschiedlichen Handhabungen des kommunalen Wahlrechts in verschiedenen EU-Ländern kommen verschiedene Regelungen zur Einbürgerung und doppelten Staatsbürgerschaft. Diese reichen von einer sehr liberalen Gesetzgebung mit kurzer Mindestaufenthaltsdauer, einfacher Einbürgerung und/oder genereller Toleranz doppelter Staatsbürgerschaft (IE, PT, SE) bis hin zu eher restriktiven gesetzlichen Anforderungen zur Einbürgerung (DE, ES, IT). Diese Faktoren führen dazu, dass die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung für Drittstaatsangehörige in Europa nicht nur sehr eingeschränkt, sondern auch äußerst ungleich verteilt sind.

Die meisten Vertreter/innen von Migrantorganisationen und einige Politiker/innen betrachten diesen eingeschränkten und ungleich verteilten Zugang zu politischen Rechten für Migrant/innen als problematisch. Die Lobbyarbeit für die Wahlrechte von Eingewanderten ist für Organisationsrepräsentant/innen von großer Bedeutung. Einige sehen den Zugang zum Wahlrecht nur als einen Zwischenschritt auf dem Weg zum erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft und dem Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft. Interessanterweise fanden wir in unserer Studie wenig Zusammenhang zwischen liberalem Wahl- und Staatsbürgerschaftsrecht und tatsächlicher Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an (lokalen) Wahlen: Sowohl in Irland als auch in Schweden sind Zugewanderte in der kommunalen Politik beständig unterrepräsentiert. Offenbar ist der Abbau von formellen Hürden allein nicht entscheidend, da auch informelle Barrieren Zugang und Aufstieg erschweren.

Parteienritt: In fast allen an DIVPOL beteiligten Ländern (mit Ausnahme Polens) existieren keine gesetzlichen Einschränkungen für Drittstaatsangehörige zum Parteienritt. In Deutschland, Spanien, Schweden und Irland können Drittstaatsangehörige jeder Partei beitreten, obwohl einige Parteien eine Mindestaufenthaltsdauer

im Land verlangen. In Italien erlauben die linksgerichteten Parteien Drittstaatsangehörigen die Parteimitgliedschaft, die rechtsgerichteten Parteien jedoch nicht. In Portugal können Drittstaatsangehörige in den meisten Parteien Mitglied werden; Einschränkungen existieren in einzelnen Fällen für Drittstaatsangehörige, die nicht unter Reziprozitätsabkommen fallen. Somit existiert in vielen Parteien Europas eine Partizipationslücke: Drittstaatsangehörige können zwar Mitglied werden, jedoch nach Gesetz weder wählen noch für politische Ämter kandidieren. In vielen Parteien dürfen Drittstaatsangehörige jedoch parteiinterne Ämter bekleiden, wie Vorstand, Schatzmeister/in oder Schriftführer/in, und an entsprechenden Wahlen teilnehmen. Politiker/innen nicht-europäischer Herkunft erlebten diese Möglichkeit als ein sehr positives Zeichen des „Willkommenseins“ in der Partei.

Einzelne regionale Gruppen der Partei DIE GRÜNEN in Deutschland veranstalten bei politischen Wahlen doppelte Wahlgänge, um drittstaatsangehörigen Parteimitgliedern zumindest symbolische Mitbestimmung zu ermöglichen. Viele Parteien im Sample haben spezielle Foren, Gruppen, Vorfeldorganisationen oder Kampagnen etabliert, die sich speziell an Menschen mit Migrationshintergrund richten, um diese für das (partei-)politische Engagement zu gewinnen. Leider sind einige dieser Initiativen unbeständig, aktuell nicht aktiv, nicht strukturell verankert und/oder stark abhängig vom Engagement Einzelner.

2. Zugang zu politischen Parteien und Parteieintritt

Mitgliedergewinnung und Öffentlichkeitsarbeit: Viele politische Parteien in Europa sehen sich seit Jahren mit sinkenden Mitgliederzahlen konfrontiert. Ein wichtiger Grund hierfür ist die bei Bürgerinnen und Bürgern Europas weit verbreitete Politikverdrossenheit. Trotz Bemühungen, neue Gruppen zu erreichen, fällt es den meisten Parteien schwer, gerade Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für sich zu begeistern. Trotz zahlreicher Projekte und Kampagnen, die sich an Migrant/innen und migrantische Communities richten (z.B. in DE, IE, ES), gibt es kaum großflächig strukturell verankerte Kampagnen, die das parteipolitische Engagement von Migrant/innen befördern. Ein Gute-Praxis-Beispiel ist das Programm „Opening Power to Diversity“, welches 2011 in Irland startete und sechsmonatige Praktika für Drittstaatsangehörige bei Abgeordneten des nationalen Parlaments ermöglichte.

Parteikultur: Wettbewerb und Netzwerken kennzeichnen die interne Parteiarbeit. Vorherrschend sind etablierte Machtstrukturen und unter altgedienten Parteimitgliedern gibt es häufig einen gewissen Widerstand oder Misstrauen gegenüber Veränderung und Neankömmlingen.

Du kannst nicht sagen, komm mal vorbei, wenn in dem Wohnzimmer nicht genügend Plätze vorhanden sind oder die Plätze so gestaltet sind, dass derjenige, der neu kommt, sich nicht hinsetzen kann. [DE]

Viele Interviewte (z.B. in DE, PL, PT) beschrieben, dass Parteien oft als unattraktiv und von außen als geschlossene, homogene oder „elitäre“ Organisationen wahrgenommen werden.

Heutzutage gibt es zwar eine starke Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik, aber es herrscht auch große Enttäuschung über die Leistungen politischer Akteure. [PT]

Politische Partei bedeutet interne Querelen und Fraktionsmacherei. Auf linguistischer Ebene ist „Partei“ gleichbedeutend mit Korruption, Macht und Terror. [PL]

Willkommenskultur: In einem teilnehmenden Land wurde betont, dass die Willkommensstruktur stark davon abhängt, *„ob man einen netten, offenen Ortsvereinsvorsitzenden hat oder einen Platzhirsch“* [DE]. Eine Willkommenskultur oder ein Fehlen derselben wird stark davon beeinflusst, inwieweit der lokale Parteivorsitzende eine offene und gleichberechtigte Atmosphäre unterstützt und eine Gruppendynamik fördert, in welcher Neuankömmlinge wertschätzend aufgenommen werden, auch bzw. gerade wenn diese nicht dem Mainstream der bestehenden Gruppe entsprechen. Als Zugangsbarriere zum Engagement in politischen Parteien bezeichneten die Befragten in Schweden, Spanien und Deutschland *„die vielen Sitzungen“* [SE] und die Zeiten, zu denen diese abgehalten würden. Die Teilnahme an mehreren Sitzungen pro Woche – nur für die interne Parteiarbeit – kann eine Hürde für Personen sein, die sich als Zugewanderte noch im Land orientieren müssen und/oder beruflich oder familiär stark eingebunden sind. Parteien passten ihre Sitzungszeiten und -orte nicht ausreichend den verschiedenen Bedarfen ihrer Mitglieder an. Die Zugangsbarrieren würden zudem dadurch verstärkt, dass Sitzungen oft von lokalen informellen Strukturen und ausgrenzenden Praktiken beeinflusst seien. Als Beispiel wurde die traditionelle Praxis erwähnt, dass Sitzungen in Gaststätten stattfänden, in denen Alkohol und Zigaretten konsumiert würden (DE, IE, PT).

Zugang: Viele der befragten Politiker/innen (mit und ohne Migrationshintergrund) waren über persönliche Kontakte zur Partei gekommen. In Deutschland, Italien und Spanien waren viele interviewte Politiker/innen mit Migrationshintergrund direkt von Parteifunktionären angesprochen und für das parteipolitische Engagement geworben worden. Viele der italienischen und spanischen Politiker/innen mit Zuwanderungsgeschichte waren bereits Jahre zuvor aktiv in Organisationen und Gewerkschaften. In Deutschland wurde von vielen Befragten der Vorbildcharakter von Politiker/innen mit Migrationshintergrund betont, die in wichtigen und sichtbaren Funktionen eine große Signalwirkung hätten. Für die Motivation einiger Befragter, sich politisch zu engagieren, spielten bekannte Politiker/innen mit Migrationshintergrund eine Schlüsselrolle.

Netzwerke und Einführung: Im Gegensatz dazu waren für viele Politiker/innen ohne Migrationshintergrund die Jugendorganisationen der Parteien von großer Bedeutung für ihre politische Sozialisation. Dies berichteten vor allem Interviewte aus Deutschland und Schweden. In diesem biografisch frühen Engagement in einer Partei werden Verbindungen geknüpft, die für eine spätere politische Karriere von großer Bedeutung sind. Das Fehlen dieser über lange Zeit gewachsenen, informellen Netzwerke kann für Menschen, die erst später in die Partei eintreten, von Nachteil sein. Zudem kann die Parteiarbeit mit ihren internen Regeln, Hierarchien und Netzwerken auf Neulinge besonders einschüchternd wirken, wenn diese keine frühe innerparteiliche Sozialisation erfahren haben und unter Umstän-

den aufgrund ihrer Migrationsgeschichte nicht über den erwarteten Habitus, die sprachlichen Fähigkeiten oder Kenntnisse der Parteistrukturen verfügen, die in der Politik wichtig sind. Aktuell gibt es in den untersuchten Parteien wenige systematische Orientierungsmaßnahmen wie Mentoring, Willkommens-, Einführungs- oder Trainingsprogramme, die Neulingen Parteistrukturen, Themen und Arbeitsweisen näher bringen.

3. Karrierewege und Rollen von Politikerinnen und Politikern mit Migrationshintergrund

Das Identitätsmerkmal „Migrantin“ bzw. „Migrant“ oder „Migrationshintergrund“ sollte die innerparteiliche Rolle eines/r Politiker/in nicht einschränken; de facto ist es in der politischen Praxis jedoch oft von Bedeutung.

Bei der Nominierung für eine politische Kandidatur sind die Netzwerke der Anwärterin bzw. des Anwärters der entscheidendste Faktor für eine erfolgreiche Aufstellung. Diese inner- und außerparteilichen Netzwerke sind meist informeller Natur und wurden oft über einen langen Zeitraum aufgebaut, in vielen Fällen bereits in der Jugendorganisation der Partei oder auf lokaler bzw. kommunaler Ebene (z.B. in DE, SE, IE). Für Zugewanderte, die erst in einem späteren Lebensabschnitt Parteimitglied wurden, kann dies eine Hürde darstellen. Weitere Faktoren, die die Aufstellung als Kandidat/in beeinflussen, sind Fachkompetenz in einem für die Partei relevanten Themenfeld, politische Erfahrung und spezifische Identitätsmerkmale (Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit). Wo Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund erreicht werden sollen, kann ein genereller Trend beobachtet werden, dass Parteien mehr Kandidat/innen mit Migrationshintergrund auf den Listen aufstellen.

In vielen Parteien verfügen die jeweiligen Führungsebenen und Vorstände über weitreichende Vorschlagsrechte für Kandidat/innen und Listenplätze. In Italien, beispielsweise, ist die Kooptierung das gängigste Prinzip der Parteien, um Personen mit Migrationshintergrund politisch zu fördern:

Subjektive Kooptierung hat auch Vorteile, denn sie kann Persönlichkeiten hervorbringen, die im Abstimmungsverfahren keine Chance gehabt hätten. Und in einem System, das noch nicht ausschließlich demokratisch funktioniert, ist dieser Weg vielleicht notwendig. [IT]

Viele interviewte Politiker/innen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Italien und Spanien wurden direkt durch Parteivorsitzende auf die Kandidatenliste aufgestellt. Zwar zeigt dies, wie wichtig die Parteiführung für eine verbesserte Repräsentation von Migrantinnen und Migranten als Mandatsträger ist; jedoch sind der Prozess der Listenaufstellung und die verschiedenen – oft miteinander konkurrierenden – Nominierungskriterien wenig transparent. Diese fehlende Transparenz und Nachvollziehbarkeit kann eine Hürde für die Akzeptanz von neuen Kandidat/innen bei der Parteibasis darstellen. Wenn Personen als migrantische Vertreter/innen im Top-Down-Verfahren aufgestellt werden – insbesondere wenn sie von außerhalb der Partei kommen – kann dies dazu führen, dass sie als „Quo-

tenmigranten“ wahrgenommen und nicht mit ihrer Fachkompetenz anerkannt werden.

Interviewte in verschiedenen Ländern merkten an, dass Parteimitglieder mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft auf den hinteren Listenplätzen nominiert würden. Ein Politiker in Portugal beschrieb eine gängige Praxis, die er als „*vorgetäuschte Inklusion*“ bezeichnete: Parteien würden Schwarze Politiker/innen bei kommunalen Wahlen auf nicht-aussichtsreiche Listenplätze nominieren und gleichzeitig deren Bilder in irreführender Weise in Wahlkampfbroschüren benutzen, wodurch bei der Wählerschaft der Eindruck entstünde, diese Personen hätten tatsächlich eine Chance auf ein politisches Amt und entsprechende Mitbestimmung. In Spanien, Deutschland und Irland wird eine hohe Fluktuation bei Politiker/innen mit Migrationshintergrund beschrieben, welche oft nur eine Legislaturperiode im Amt blieben. Als mögliche Erklärung hierfür wurde angeführt, dass es ihnen oft an Netzwerken und Rückhalt in der Parteibasis fehle und sie dadurch anfälliger für Angriffe durch innerparteiliche Konkurrenz seien.

Transparente und repräsentative Quoten für Menschen mit Migrationshintergrund bei der Listenaufstellung, ähnlich wie die in vielen Parteien bereits existierende Frauenquote, werden von vielen migrantischen Organisationsvertreter/innen und einigen politischen Repräsentant/innen als sinnvolle Maßnahme betrachtet, um den Anteil von Migrant/innen in der Politik zu erhöhen. Dennoch bleiben Quoten umstritten. Einige Interviewte lehnten diese als ein Instrument strikt ab, da es „*Quantität, nicht Qualität*“ [IT] befördere, oder betonten, allein aufgrund ihrer Kompetenzen nominiert werden zu wollen. Andere vertraten die Meinung, aufgrund der vorherrschenden großen Konkurrenz um Kandidaturen könne es „*keine Priorität sein, ... Migranten auf den Listen einzubeziehen*“ [PT]. Die Sozialdemokratische Partei in Schweden hat in einigen Landesteilen auf kommunaler Ebene Quoten eingeführt, die speziell Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund aus außerskandinavischen Ländern fördern sollen. In Stockholm wurde eine Quote entsprechend des lokalen migrantischen Bevölkerungsanteils eingeführt (25 %). Zudem ist für die Umsetzung vorgeschrieben, dass die Quote auch auf den aussichtsreichen Listenplätzen erfüllt sein muss.

Quoten können als ein Instrument verstanden werden, mit welchem die Parteien sich zur nachhaltigen Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund unter den Mandatsträgerinnen und -trägern verpflichten und eine strukturelle Maßnahme gegen eine als existent anerkannte, strukturelle Diskriminierung ergreifen. In Stockholm ist die Quote als ein Werkzeug, das der bestehenden Unterrepräsentation entgegen wirken soll, mittlerweile „*breit akzeptiert*“ [SE]. Ein Politiker sagte:

Es war nicht aus Nettigkeit. Wir mussten die Machtstrukturen in der Partei ändern. [...] Ich, als Politiker, muss sagen, dass ich bislang noch keinen Politiker getroffen habe, der freiwillig Macht abgibt. [SE]

Themen der politischen Karriere: Die meisten interviewten Politiker/innen mit Migrationshintergrund bearbeiteten im Laufe ihrer politischen Karriere zumindest zeitweise das Themenfeld Migration und Integration. Viele brachten zu Beginn ih-

rer politischen Laufbahn bereits ein Interesse für dieses Themenfeld mit, andere wurden von Parteikolleg/innen dazu ermuntert. In Italien und Spanien, wo die große Mehrheit der Politiker/innen mit Migrationshintergrund zuvor in migrantischen Organisationen aktiv war, beschränkt sich ihre parteipolitische Arbeit fast ausschließlich auf das Themenfeld Zuwanderungspolitik. Einige Interviewte zeigten sich frustriert und wünschten, nicht „stereotypisiert“ und auf diesen Themenbereich „festgenagelt“ zu werden [DE].

Die Politiker/innen in Polen und Irland bilden eine Ausnahme. In Polen, wo es verschwindend wenige Parlamentarier/innen mit Migrationshintergrund gibt, wurden diese „*nicht als Migranten, die andere Migranten repräsentieren*“ gesehen, sondern ausschließlich als fachpolitische Expert/innen und Vertreter/innen der örtlichen Gemeinschaft. In Irland spielen gemäß dem Wahlsystem die örtlichen Parteiorganisationen (sog. „*Banches*“) eine wichtige Rolle. Für Kandidat/innen ist es somit für einen Wahlsieg unabdingbar, als lokale Repräsentant/innen aller Bewohner/innen gesehen zu werden. Praktisch alle migrantischen Kandidat/innen der Wahlen 2009 und 2014 setzten die Schwerpunkte ihrer Wahlkämpfe auf die Verbesserung ihres lokalen Umfelds. Dieser starke lokale Fokus in Irland bietet so auch die Möglichkeit, den Blick weg von der ethnischen Herkunft der Kandidaten und hin zu ihrer lokalen Identität zu lenken.

In den meisten in DIVPOL involvierten Ländern sind Migration und Integration einerseits Nischenthemen, in denen aufstrebende Politiker/innen ihre politische Karriere ungehinderter verfolgen können als in einem beliebteren und stärker umkämpften politischen Feld. Andererseits kann diese Nischenposition ein Hindernis darstellen und perspektivisch die Einflussnahme und/oder die Attraktivität für eine größere Wählerschaft einschränken.

Eine Brückenfunktion zu migrantischen Communities haben zahlreiche der interviewten Politiker/innen mit Migrationshintergrund inne. Viele Interviewte in Spanien, Italien, Portugal und Deutschland – sowohl Migrantenorganisationsvertreter/innen als auch Politiker/innen – finden diese Mittlerposition ausgesprochen wichtig. Einige Politiker/innen nahmen diese Funktion gern an. Politiker/innen mit Migrationshintergrund wurden von manchen Befragten als hierfür „*am besten positioniert in den Parteien und ihren Communities*“ beschrieben, weil sie „*die Bedarfe und Wünsche der Communities besser verstehen*“ [PT]. Einzelne Interviewte empfanden diese Position jedoch als problematisch und fühlten sich aufgerieben zwischen den Erwartungen ihrer Partei und der migrantischen Community. Einzelne Befragte lehnten die Selbstverständlichkeit, mit der die Mittlerrolle an sie herangetragen wurde, strikt ab und wehrten sich gegen die scheinbar „natürliche“ Vermittlerfunktion.

Eine Ethnisierung als migrantische/r Vertreter/in findet statt, wenn eine Person aufgrund ihrer realen oder angenommenen ethnischen Herkunft als Repräsentant/in einer (scheinbar homogenen) ethnischen Gruppe betrachtet wird. Sie kann bspw. durch Parteikolleg/innen, Wähler/innen mit und ohne Migrationshintergrund oder Drittstaatsangehörige erfolgen. Dies kann in der Konsequenz zu einer Selbstethnisierung führen. Brücken- und Repräsentationsfunktion, Mittlerrolle sowie Ethnisierung sind ambivalent und werden zwiespältig betrachtet. Einerseits

wird die erfolgreiche Mobilisierung migrantischer Wählergruppen als Erfolg für die Partei betrachtet. Andererseits kann sie zum Angriffspunkt durch parteiinterne Konkurrenz werden, wenn Parteikolleg/innen der Kandidatin bzw. dem Kandidaten beispielsweise vorwerfen, nur dank der Stimmen von migrantischen Gruppen oder „den Türken“ [sic] gewonnen zu haben [DE].

Aus migrantischer bzw. Minderheitenperspektive spielen Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund zum einen als Vorbilder eine wichtige Rolle und zum anderen, um Themen, die für migrantische bzw. Minderheitencommunities relevant sind, auf die parteipolitische Agenda zu bringen. Jedoch zweifeln einige Vertreter/innen migrantischer bzw. Minderheitencommunities an der Motivation der Parteien und glauben, diese würden Politiker/innen mit Migrationshintergrund benutzen, um migrantische Wählerstimmen zu akquirieren. Einige Organisationsvertreter/innen werfen Parteien „Tokenismus“ vor. Kandidat/innen würden als Repräsentant/innen migrantischer Communities präsentiert, ohne dass ihnen ermöglicht werde, tatsächlich kollektive Erfahrungen unterschiedlicher Gemeinschaften als Erkenntnishorizont in die politische Debatte einzuspeisen. Die vorherrschenden Diskurse und Machtstrukturen in den Parteien blieben dabei unverändert.

4. Diversity in politischen Parteien und Diskurse über Diversity

Grundeinstellungen der Parteien zu Diversity: Aufgrund des demographischen Wandels nehmen Parteien Menschen mit Migrationshintergrund zunehmend als eine gesellschaftlich ernstzunehmende Gruppe wahr. Eine Ausnahme unter den DIVPOL-Ländern stellt Polen dar, wo angesichts sehr geringer Ausländerzahlen die politische Partizipation von Migrant/innen noch kein Thema öffentlicher Debatten und politischer Parteien ist. Im Gegensatz dazu sind in Italien Zuwanderung und Diversity Wahlkampfthemen geworden, mit denen sich zumindest auf rhetorischer Ebene alle Parteien befassen. Offensichtlich polarisierende Positionen werden dort, ob mit einwanderungsfeindlicher oder -befürwortender Ausrichtung, im Kampf um Wählerstimmen genutzt. In Portugal dominieren dahingegen Ansichten, die Einwanderung begrüßen: Mehrere interviewte Politiker/innen des gesamten politischen Spektrums erklärten, dass Einwanderung kein spaltendes Thema sei. Trotz des politischen Konsenses im Bereich der Zuwanderung und Integration sind sich die Parteien in Portugal (noch) nicht über die Relevanz der migrantischen Wählerschaft im Klaren.

In Schweden und Deutschland stimmen alle Parteien darin überein, dass Diversity im Bereich der politischen Repräsentation und Partizipation bedeutsam sei. Ihre Argumentationslogik ist mit (wahl-)strategischen und demokratiepolitischen Argumenten durchzogen. Im Falle der Volksparteien in Deutschland und einiger Parteien in Spanien gehört die Repräsentation der migrantischen Bevölkerung zum proklamierten Selbstanspruch, „Spiegelbild der Gesellschaft“ zu sein. Deshalb sollten Parteien die in der Gesellschaft existierende Vielfalt in quantitativer Hinsicht sowie auf allen (Partei- und Politik-)Ebenen abbilden. Dieser Anspruch basiert auf der Annahme, dass eine sog. „kritische Masse“ an migrantischen Parteimitgliedern und -mitarbeitenden dazu beiträgt, die politische Partizipation und Repräsentation

von Menschen mit Migrationshintergrund anzugleichen. Interviewpartner/innen in Schweden und Deutschland machten deutlich, dass Diversity als offizielle Norm der Parteien und unisono als (gesellschaftlicher) Vorteil gelte. Paradoxe Weise kann dies zu einer mangelnden Bereitschaft führen, die Existenz von Diskriminierung und strukturellen Barrieren innerhalb der Parteien einzugestehen.

In Deutschland zum Beispiel wird der positiv konnotierte Vielfaltsdiskurs immer wieder durch eine defizitäre Sichtweise gebrochen. Diese spiegelt sich in Aussagen mit symbolischer Bedeutung und Signalkraft wider, wie bei im Kontext des Integrationsdiskurses stehenden, wirkungsmächtigen Fremdzuschreibungen:

Multikulti ist gescheitert – das ist Symbol. Zack, Punkt. Das brennt sich ein. Die sagen, alles klar, Multikulti ist gescheitert. Wir sind gescheitert, wir gehören nicht dazu. [DE]

Durch Schwarze Politiker/innen in Portugal wurden ethnische und ‚rassistische‘ Zugehörigkeit sowie das „Andersein“ („Otherness“) häufig thematisiert. Ein Interviewpartner wies darauf hin, dass das Land immer noch durch das koloniale Erbe geprägt sei und dass dies dazu führe, dass die Vorstellung von Schwarzen Menschen in Machtpositionen irritierend wirke. Mehrere Vertreter/innen von Migrant*innenorganisationen (z.B. in Deutschland) artikulierten die Befürchtung, dass das Konzept von Diversity lediglich Lippenbekenntnis sei und als Instrument für den Wahlkampf fungiere, dabei aber nicht ausreichend in die politische Kultur und Parteistrukturen eingebettet sei.

Umgang mit Rassismus und Diskriminierung: Einerseits können öffentlich verbreitete ausgrenzende, diskriminierende oder rassistische Aussagen Menschen mit Migrationshintergrund von Parteien insgesamt abschrecken. Dies gilt insbesondere, wenn sich – wie in Deutschland geschehen – die Parteispitzen nicht ausreichend von diesen Äußerungen distanzieren bzw. nicht die notwendigen Maßnahmen durchsetzen. Insgesamt wird dem Thema (Alltags-)Rassismus innerhalb der Parteien nicht ausreichend Beachtung geschenkt und Diskriminierungserfahrungen werden oft durch die jeweiligen Vorstände heruntergespielt und verharmlost. Andererseits stehen Parteivorstände auf Kreis- und Kommunalebene vor der Herausforderung, Wandlungsprozesse „nachvollziehbar“ [DE] für die autochthone Basis zu gestalten. „Eintrittswellen“ [ebd.] von Menschen mit Migrationshintergrund können Überfremdungs- und Unterwanderungsgänge innerhalb der Basis auslösen:

Weil da setzen so Mechanismen ein ... Wenn jetzt hier einer ankommt und zehn neue Leute mitbringt und die sehen auch noch alle irgendwie anders aus – ‘da stimmt doch was nicht, die haben doch was vor’. [DE]

In Irland ist seit der Rezession die positive Stimmung in Bezug auf Diversity verschwunden und gesellschaftliche Diskussionen haben sich auf ökonomische Themen verlagert. Des Weiteren gehen Parteien in Irland recht verhalten mit dem Thema Diversity um, da „sie nicht in eine Debatte gezogen werden wollen, die spaltend und hässlich werden könnte“ [IE]. Auch in einigen anderen Ländern kann beobachtet werden, dass Parteien umstrittene Zuwanderungsthemen aus der Befürchtung heraus meiden, dass die Debatte den rechtspopulistischen Parteien zuspielen würde.

Diversity-Netzwerke in politischen Parteien: In Schweden wurde von gewissen Vorbehalten berichtet, spezielle Parteistrukturen für Menschen mit Migrationshintergrund aufzubauen. Auch in Spanien und Deutschland finden gegenwärtig Diskussionen darüber statt, ob es besser sei, Mitglieder mit Migrationshintergrund in die bereits existierenden Partizipationsstrukturen zu integrieren oder spezifische (Partizipations- und Anerkennungs-)Strukturen für sie aufzubauen. Auf der einen Seite können sog. „safe spaces“ („geschützte Räume“) eine einladende Atmosphäre schaffen und den Aufstieg in der Partei befördern. Weiterhin können diese Netzwerke dazu beitragen, die interne Vielfalt in der Partei sichtbar zu machen, und als eine Plattform für das Vorantreiben der interkulturellen Öffnung der Parteien dienen. Auf der anderen Seite nehmen manche Mitglieder diese Strukturen als „Räume ohne Macht“ wahr, die zur Segregation von den Hauptstrukturen der Partei führen. Außerdem befürchteten sie, ausschließlich als Parteimitglieder mit Migrationshintergrund wahrgenommen zu werden und dass ihre individuellen Talente und persönlichen Interessen unbeachtet blieben.

Parteiinterne Netzwerke, die – ähnlich wie Frauennetzwerke – Kandidat/innen mit Migrationshintergrund ermutigen und fördern, könnten die Herausforderung meistern, Diversity als Norm und gleichzeitig Aufklärung von Rassismus und Diskriminierung in der Partei voranzutreiben. Ein Gute-Praxis-Beispiel ist der Immigrantenausschuss der Sozialdemokrat/innen in Stockholm. Seine organisatorische Stärke und Kooperation mit anderen Organisationseinheiten wie der Jugendorganisation sorgen für seine Einflussnahme auf die Politik und die Anzahl der Politiker/innen mit Migrationshintergrund; letzteres nicht zuletzt durch den erfolgreichen Einsatz für eine Quote.

In Deutschland haben alle in DIVPOL einbezogenen Parteien Vorfeldorganisationen, Arbeitsgemeinschaften oder politische Ausschüsse gegründet, die sich mit Zuwanderung beschäftigen. Diese Netzwerke können „Andockpunkte“ für die interkulturelle Öffnung der Parteien sein und in verschiedenen Kontexten als Lobby-Organisationen und Willkommensforen fungieren.

In Spanien hat eine Partei eine parteinahe Stiftung gegründet, in der Menschen entsprechend ihrer geographischen Herkunft partizipieren können. Das Stiftungshaus bietet auch Raum für mehrere Migrantenorganisationen und es ist nicht notwendig, Parteimitglied zu werden, um an den Aktivitäten der Stiftung teilzunehmen. Eine andere spanische Partei hat verschiedene Partizipationsstrukturen, meist auf nationaler Ebene, aufgebaut, die die Vielfalt innerhalb der Partei – inklusive LGBTI-Personen⁴, Menschen mit Behinderung und anderen Minderheiten – reflektiert.

In Irland verfügen zwei Parteien über Gleichstellungsbeauftragte, deren Aufgabe es ist, das Engagement der Partei in den migrantischen Communities und Migrant/innen in der Partei zu unterstützen. Sie leiten auch Outreach-Aktivitäten in Zusammenarbeit mit einem speziellen Unterausschuss. Dieser Unterausschuss bietet in erster Linie Raum für Kommunikation und die Formulierung von politischen Empfehlungen.

⁴ Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. Identität nicht der Heteronormativität entsprechen.

5. Netzwerke zwischen politischen Parteien und migrantischen Communities und deren Vereinen

Rolle der Migrantenorganisationen: Migrantenorganisationen (MO) betrachten sich in vielen Ländern als Interessensvertretungen von Migrant/innen. Viele MO-Repräsentant/innen kritisieren, dass politische Parteien Menschen mit Migrationshintergrund nicht genügend vertreten und sie nur mangelhaft in ihre Arbeit einbeziehen. Dies habe den Effekt, dass die „Vertretung von Rechten und Interessen von Einwanderern in erster Linie den Vereinen überlassen wird“ [PT, MO-Vertreter]. Als Lobby-Organisationen „existieren Migrantenorganisationen nicht zum Spaß, sondern aus einer Notwendigkeit heraus“ [ebd.]. Sie nutzen auch diejenigen Vorstandsmitglieder, die gleichzeitig Parteimitglieder sind, um strategisch die Kommunikation zu Parteien zu suchen. Vor allem bundesweit tätige MO (z.B. in Deutschland und Spanien) stehen im regelmäßigen Dialog mit Parteien. In Schweden, Deutschland, Portugal und Spanien konnte festgestellt werden, dass MO eine aktive Rolle in der Politik einnehmen wollen. In Italien gibt es gegenwärtig Konflikte in der Rollenbeschreibung von Migrantenvereinen. Einige betrachten sie als wichtige Integrationsakteurinnen, während andere ihren segregierenden Charakter fürchten. In Polen sind MO noch zu jung, um als politische Interessensvertretungen aufzutreten.

Netzwerke zwischen Parteien und Migrantenorganisationen sind in Schweden, Spanien, Italien, Deutschland und Irland vorhanden, auch wenn sie sich sehr in ihrer Intensität und Stabilität unterscheiden. In Spanien bilden enge Beziehungen zwischen linken und sozialistisch orientierten Parteien und MO üblicherweise die Grundlage dafür, zugewanderte Menschen zu erreichen. Diese engen Verbindungen zu bestimmten politischen Gruppierungen und der daraus resultierende Klientelismus können sich für MO als problematisch erweisen, nämlich dann, wenn sich die Machtverhältnisse auf Regierungsebene ändern. Dies kann zu einer erheblichen Verschlechterung der Unterstützung von MO führen, die sich durch Budgetkürzungen und dem Ausschluss aus Beratungsgremien am deutlichsten bemerkbar macht.

Parteien haben häufig ein instrumentelles Verhältnis zu MO. Führungskräfte von als wichtig erachteten MO werden oft von Parteifunktionär/innen umworben, um Expertise und Zugang zu potentiellen Wähler/innen zu gewinnen:

[Diese Person] wollte, dass die Vielfalt in der Gesellschaft auch in der Partei reflektiert ist und deshalb hat er mich angerufen. Ich war zwar nur ein einfaches Mitglied, aber er hat sich damals die größten und wichtigsten Migrantenvereine angeschaut und mich gebeten, zu kandidieren, um eine Verbindung zwischen der Partei und der Einwanderung herzustellen und migrantische Perspektiven und Ideen in die Partei einfließen zu lassen. [ES]

MO-Vertreter/innen in Italien und Deutschland stellten in den Interviews heraus, dass Parteien ihre Netzwerke zu Migrantenvereinen in erster Linie während des Wahlkampfes nutzten. Obwohl MO in mehreren Ländern eine wichtige Rolle in der politischen Bildung spielten, sei es als Vermittlerinnen oder Anbieterinnen verschiedener politischer Bildungsangebote, würden sie sich häufig nicht als gleichwertige Partnerinnen von Parteien anerkannt fühlen. In Schweden kritisierten zum Beispiel einige MO-Vertreter/innen, dass, trotz der ausgeprägten politischen Bildungsarbeit

ihrer Mitglieder, Parteien sehr verhalten beim Annehmen von Einladungen seien und uninteressiert am Aufrechterhalten von Kooperationen schienen. Ein migrantischer Kommunalpolitiker berichtete dahingegen, dass es besonders wichtig sei, auch kleinere Migrantenvereine regelmäßig aufzusuchen:

Obwohl [unsere] Mandatsträger vor Ort wissen, mit diesen Vereinen gewinnst du keinen Blumentopf... Die können nicht wählen. Aber Politik lebt auch von Zeichensetzung... Wenn wir in einer Gesellschaft leben wollen, die... zusammenhalten möchte, ist es wichtig, hinzugehen, darauf hinzuweisen, dass es diese Vereine gibt, diese Arbeit geleistet wird. [DE]

Handlungsempfehlungen für politische Parteien

Rechtliche Einschränkungen für Drittstaatsangehörige in politischen Parteien

- Politische Parteien sollten Drittstaatsangehörigen eine uneingeschränkte Mitgliedschaft erlauben und Zugänge zu innerparteilichen Positionen ermöglichen. Innerparteiliche Positionen sollten für Drittstaatsangehörige geöffnet werden bzw. bleiben.
- Parteien sollten bestehende öffentlichkeits- und mitgliedschaftsfördernde Initiativen und Aktivitäten überprüfen, besonders jene, die sich an neue Zielgruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund richten, die nicht zur klassischen Klientel politischer Parteien gehören. Regionale Gruppen, Aktivitäten oder Strategien, die sich als Gute-Praxis-Beispiele erweisen, sollten strukturell verankert und ggf. auf die nationale Ebene ausgeweitet werden. Niedrigschwellige Angebote und Zugangsorganisationen sollten Partizipationsmöglichkeiten für Drittstaatsangehörige anbieten. Informationen über bereits bestehende Partizipationsmöglichkeiten sollten inner- und außerparteilich verbreitet werden.
- Die Effekte der „doppelten Wahlgänge“ für die symbolische Mitbestimmung von Drittstaatsangehörigen bei Wahlen für politische Ämter sollten untersucht werden, um festzustellen, ob diese Praxis ausgeweitet und/oder strukturell verankert werden kann.

Zugang zu politischen Parteien und Parteieintritt

- Eine Orientierungs- und Willkommensstruktur ist essentiell für eine nachhaltige Öffnung der Partei. Es sollte ein Klima geschaffen werden, in dem jeder Mensch, unabhängig von Alter, Geschlecht, sozioökonomischem, beruflichem, religiösem, ethnischem und/oder Bildungshintergrund willkommen ist und mit seinen spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen anerkannt wird (Anerkennungskultur). Parteien sollten lokale Strukturen unterstützen, die das Interesse an politischen Parteien bei Menschen mit Migrationshintergrund befördern, wie die lokalen Integrationsforen in Irland.
- Strukturell verankerte Mentorenprogramme und ‚Mitgliedschaftspakete‘ tragen dazu bei, dass sich neue Mitglieder schneller in der Partei zurechtfinden. Begrüßungsveranstaltungen und/oder eine soziale Einbettung der Veranstaltungen können Parteisitzungen attraktiver bzw. zugänglicher machen. Zudem sollte in jeder lokalen Gruppe eine Person (z.B. ein/e Gleichstellungs- oder Mitgliederbeauftragte/r) mit der Begrüßung neuer (migrantischer)

Mitglieder beauftragt sein (wie es bereits von einigen Parteien in Deutschland und Irland praktiziert wird).

- Interkulturelle Kompetenz und ein Bewusstsein für Diversity sollten auf allen Ebenen der Partei gefördert werden. Niedrigschwellige Zugangsorganisationen (z.B. Jugendorganisationen, Ortsgruppen, Vorfeldorganisationen) und öffentlichkeitsfördernde Maßnahmen (z.B. Parteistände) müssen in diesen Prozess einbezogen werden. Die bestehenden Parteistrukturen und -routinen sollten so angepasst werden, dass sie der Vielfalt der Teilnehmenden gerecht werden (beispielsweise Anpassung und/oder Flexibilisierung der Sitzungszeiten/-orte). So sollte garantiert werden, dass interessierte Personen verschiedener sozio-ökonomischer, biografisch-familiärer und/oder ethnisch-kultureller Hintergründe in der Partei willkommen sind und anerkannt werden.

Karrierewege und Rollen von Politikerinnen und Politikern mit Migrationshintergrund

- Politiker/innen mit Migrationshintergrund – bzw. Politiker/innen die sichtbar „migrantisch markiert“ sind – in bekannten und öffentlichkeitswirksamen Positionen haben eine große Signalwirkung. Prominente Politiker/innen mit Migrationshintergrund sind Vorbilder, vermitteln Anerkennung, ermöglichen eine Identifikation und ermutigen so andere Menschen mit Migrationshintergrund zur politischen Partizipation.
- Parteivorstände sollten sich ihrer Rolle und Verantwortung im Nominierungsprozess bewusst und Nominierungsentscheidungen sollten klar und nachvollziehbar für die Parteibasis sein. Obwohl Symbol- und Vorbildcharakter wichtig sind, darf die Entscheidung für Kandidat/innen mit Migrationshintergrund nicht allein symbolische Bedeutung haben, sondern muss tatsächlich neue Perspektiven in der Partei zulassen. „Tokenismus“ und „Ethnisierung“ von Kandidat/innen sollten unbedingt vermieden werden.
- Anstatt einer punktuellen, individuellen Förderung von Politiker/innen mit Migrationshintergrund sollten langfristige, strukturelle Maßnahmen angestrebt werden. „Sicherheitsmechanismen“, die eine Mindestrepräsentanz von Politiker/innen mit Migrationshintergrund (Zielwert) anstreben, sind empfehlenswert. Eine Sicherheitsmaßnahme, um die Vielfalt auf Kandidatenlisten zu verbessern, könnten Quoten für unterrepräsentierte Gruppen sein. Diese können sich an erfolgreichen Beispielen aus Partnerländern und möglicherweise eigenen Erfahrungen mit parteiinternen Frauenquoten orientieren; letztere haben beispielsweise in Schweden in den letzten 15 Jahren allgemeine Akzeptanz erlangt.
- Wenn innerparteiliche Gruppen, die die Beteiligung von Migrant/innen in der Partei organisieren, dem Wahlvorstand Empfehlungen zur Listenaufstellung geben, wie in Spanien, sollten diese strukturiert umgesetzt werden. Die Parteivorstände sollten beispielsweise feste und aussichtsreiche Listenplätze für empfohlene Kandidat/innen einräumen und die Listenzusammenstellung transparent gestalten.
- Die Partei sollte Workshops und Mentoring anbieten, um neue Kandidat/innen bei ihrer Kampagne zu unterstützen. Speziell in Irland sollten die Parteien migrantische Kandidat/innen auch beim Fundraising unterstützen. Parteien

sollten die Talentsuche vor Ort fördern, auch beim Engagement in lokalen Gruppen, Foren und Communities. Die in einigen Parteien existierende innerparteiliche Talentförderung und Führungsakademien sind Gute-Praxis-Beispiele und sollten fortgeführt bzw. ausgeweitet werden.

Vielfalt in politischen Parteien und Diskurse über Diversity

- Strategien für die Diversity-Entwicklung sollten innerparteilich auf mehreren Ebenen und in verschiedene Richtungen umgesetzt werden (top-down und bottom-up). Es bedarf zum einen klarer Führungskonzepte, die Bestandteil von Führungsakademien und -fortbildungen sein können (wie in einer Partei in Deutschland der Fall), und zum anderen der Veränderung von Machtverhältnissen durch die Basis selbst.
- Um gegen ethnische bzw. rassistische Diskriminierung vorzugehen, sind interne Beschwerdemechanismen, klare Führungskonzepte und starke Führungspersönlichkeiten notwendig. Ein offener und ehrlicher Dialog zum Thema und ein genereller Bewusstseinswandel sollten gefördert werden, um beispielsweise eine Anerkennungskultur und eine Enttabuisierung von Alltagsrassismus zu ermöglichen. Entschlossene Maßnahmen und klar positiv konnotierte Aussagen der Führungsebenen sind wichtige Signale für die parteiinterne Diversity-Entwicklung.
- Innerparteiliche Netzwerke, Arbeitsgruppen und Gleichstellungsbeauftragte, die in den Parteien für ein Bewusstsein für Vielfalt und die interkulturelle Öffnung eintreten, sollten weitreichend in den Strukturen verankert sein und von der Parteiführungsebene unterstützt werden sowie mit dieser vernetzt sein.
- Um die Diversity-Entwicklung zu bewerten und eine Evaluation des Prozesses zu ermöglichen, wird empfohlen, Monitoring-Daten zu Parteimitgliedern, Kandidat/innen und/oder Mandatsträger/innen zu erheben und systematisch auszuwerten.

Netzwerke zwischen politischen Parteien und migrantischen Communities und deren Organisationen

- Parteien sollten Netzwerke mit Migrantenorganisationen (MO) etablieren und pflegen. Das Interesse von Parteien an MO und ihrer Klientel sollte sich nicht auf Wahlkampfzeiten beschränken. Gemeinsam organisierte Veranstaltungen, gegenseitige Einladungen und regelmäßiger Austausch sind Mittel, um langfristige Partnerschaften aufzubauen. Kooperationen sollten auf Augenhöhe stattfinden und MO sollten Expertise für politische Konzepte, Leitlinien und Maßnahmen beisteuern. Die Einbeziehung von MO kann andere Perspektiven auf Diskriminierung und Rassismus einbringen und defizitorientierte Sichtweisen auf Migrant/innen neu justieren.
- Migrantenorganisationen können eine wichtige Rolle bei der Förderung des politischen Engagements und der Wahlbeteiligung von Migrant/innen spielen. Parteien sollten sie in dieser Rolle unterstützen.

Impressum

DIVPOL-Koordinator

CJD Hamburg + Eutin

Annelies Wiesner
Glockengießerwall 17
20095 Hamburg, Deutschland
+49 40 21 11 18 10
anne.wiesner@cjd-eutin.de
www.cjd-eutin.eu

DIVPOL-Partner

ACIDI

Alto Comissariado para a Imigração e Diálogo Intercultural

Catarina Reis Oliveira
Rua dos Anjos, n°66, 1º
1150-039 Lissabon, Portugal
+351 2 18 10 61 25
catarina.oliveira@acm.gov.pt

IPRS

Istituto Psicoanalitico per le Ricerche Sociali

Raffaele Bracalenti
Passeggiata di Ripetta, 11
00186 Rom, Italien
+39 06 32 65 24 01
iprs@iprs.it

MPG

Migration Policy Group

Jan Niessen
205 Rue Belliard, Box 1
1040 Brüssel, Belgien
+32 2 2 30 59 30
info@migpolgroup.com

Universitat Pompeu Fabra

GRITIM

Grup de Recerca Interdisciplinari sobre Immigració

Ricard Zapata-Barrero
Ramon Trias Fargas, 25-27
08005 Barcelona, Spanien
+39 06 32 65 24 01
ricard.zapata@upf.edu

The Integration Centre

Killian Forde
20 Mountjoy Square East
Dublin 1, Irland
+353 16 45 30 70
info@integrationcentre.ie

Uczelnia Łazarskiego

Lazarski University

Krystyna Iglicka
43 Świeradowska St.
02-662 Warschau, Polen
+48 2 25 43 54 05
k.iglicka@lazarski.edu.pl

Stockholm universitet

Statsvetenskapliga institutionen

Maritta Soininen
SE-106 91 Stockholm, Schweden
+46 8 16 26 41
maritta.soininen@statsvet.su.se

Autor/innen der Zusammenfassung

Iris Dähnke
Lea Markard

in Zusammenarbeit mit:

Katarina Bivald
Flora Burchianti
Giovanna Castagna
Tyra Hertz
Krystyna Iglicka
Jan Niessen
Catarina Reis Oliveira
Martin Qvist
Maritta Soininen
Péter Slovák
Annelies Wiesner
Ricard Zapata-Barrero

Textbearbeitung / Redaktion

Iris Dähnke
Lea Markard

Gestaltung

Christian Chladny
www.chladny.com

Hamburg, 2014

Die DIVPOL-Partner bedanken sich bei allen Interviewteilnehmer/innen und Unterstützer/innen des Projekts.

DIVPOL wurde durch die Europäische Kommission im Europäischen Integrationsfond (EIF) kofinanziert.

Die hier dargelegten Ansichten bringen lediglich die Meinung der Autor/innen zum Ausdruck und spiegeln nicht unbedingt die Positionen und Auffassungen der Europäischen Kommission wider.

Diese Publikation ist nicht zum Verkauf vorgesehen.

© CJD Hamburg + Eutin
und die Autor/innen

Durch Globalisierung und weltweite Migrationsbewegungen werden die europäischen Gesellschaften zunehmend vielfältiger. Die Demokratien Europas stellt dies vor neue Herausforderungen. Sie sind gefordert, immer neue und vielfältigere Generationen in ihre politischen Systeme einzubinden. In diesem Prozess kommt politischen Parteien eine Schlüsselrolle zu. Als Organisationen mit legislativen Befugnissen und Regierungsauftrag müssen sie die Vielfalt der Gesellschaft auch in ihren eigenen Reihen widerspiegeln. Die Teilhabe von zugewanderten Menschen und ihren Nachkommen in den politischen Parteien ist sowohl für Migrant/innen als auch für den langfristigen Zusammenhalt dieser Demokratien wesentlich. Dennoch tun sich Parteien mit diesem Prozess noch immer schwer. Was können sie tun, um die Partizipation von Zugewanderten in den Parteien zu erhöhen? Welche Barrieren müssen abgebaut werden? Und welche Argumente sprechen für eine interkulturelle Öffnung der politischen Parteien?

Im DIVPOL-Projekt wurden mehr als 250 Politiker/innen und Vertreter/innen von Migrantorganisationen in sieben EU-Ländern interviewt, um zu untersuchen, welche Faktoren eine Diversity-Entwicklung in politischen Parteien fördern und welche sie behindern.

